Ausgabe #4 / November 2025

INFO ST. GALLEN

PUBLIKATIONSORGAN DER EVP DES KANTONS ST.GALLEN

Das ist drin:

Investitionen in High-Tech-Campus 02

Familienpolitik ist Zukunftspolitik 03

Mehr Sicherheit dank gemeinsamer Kräfte 05

Service Citoyen Initiative 06

Service Citoyen Initiative

Ja ohne Gegenstimme

Zukunfts-Initiative

Nein einstimmig

Reinraum Campus Buchs

Ja einstimmig

Kapo-Mietkosten St. Margrethen

Ja einstimmig

INVESTITION IN DIE ZUKUNFT DER OSTSCHWEIZ

Mit der Erneuerung der Reinräume in Buchs investiert der Kanton St.Gallen in Zukunft, Innovation und qualifizierte Arbeitsplätze. Die EVP steht geschlossen hinter dieser Vorlage.

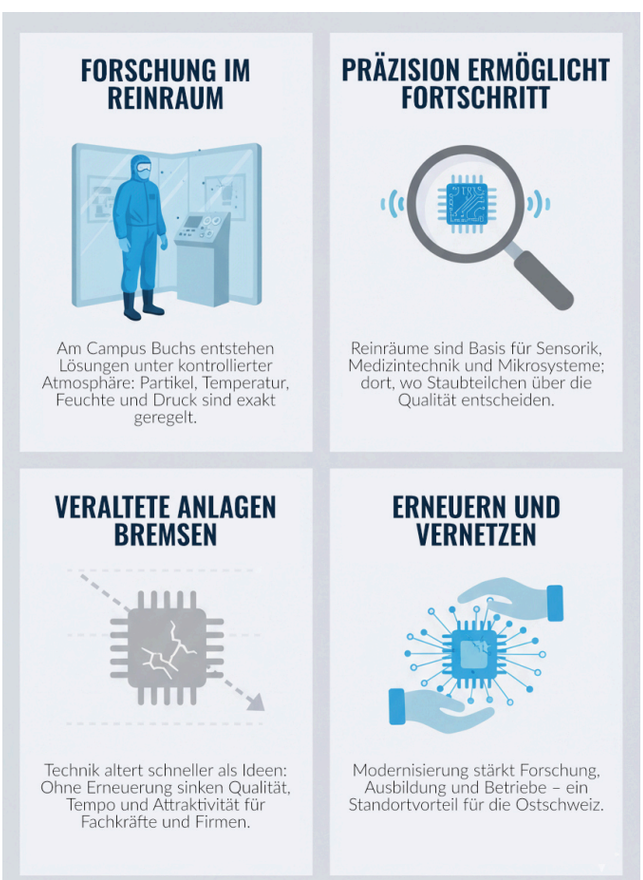
ho. – Der Standort Campus Buchs vereint zentrale Bildungs- und Forschungsakteure der Ostschweiz: die Berufs- und Weiterbildungszentren (BZBS), Fachhochschule OST mit Schwerpunkt Technik sowie RhySearch, das Forschungs- und Innovationszentrum Rheintal. Diese Bündelung stärkt die Maschinen-, Metall- und Elektroindustrie der Region und trägt wesentlich dazu bei, dass die Ostschweiz zu den leistungsstärksten Wirtschaftsregionen Europas gehört.

Durch die enge Zusammenarbeit dieser Institutionen entsteht ein Ökosystem, in dem junge Fachkräfte, Forschende und Unternehmen voneinander profitieren. Der Campus Buchs ist Teil des Switzerland Innovation Park Ost, einer national verankerten Initiative zur Förderung von Innovation und Technologieentwicklung. Sie vernetzt Unternehmen und Hochschulen, damit aus Ideen marktfähige Lösungen entstehen – insbesondere in den Schlüsselbereichen Sensorik, Präzisionstechnik und Digitalisierung.

Für die anspruchsvollen Herstellverfahren in der Maschinen-, Metall und Elektroindustrie bleiben Reinräume unverzichtbar: Nur unter streng kontrollierten Bedingungen (Partikel, Temperatur, Feuchte, Druck) lassen sich sensible Prozesse in Entwicklung und Produktion zuverlässig durchführen. Die Reinräume im Campus Buchs sind bereits wieder zehn Jahre alt und müssen nun dringend erneuert werden, um in diesem sehr dynamischen Umfeld wettbewerbsfähig zu bleiben.

Der Kantonsratsbeschluss sieht einen Sonderkredit von Fr. 22,02 Mio. vor. Darin enthalten sind Investitionen von Fr. 13,04 Mio. sowie Betriebsbeiträge von total Fr. 8,98 Mio. über zehn Jahre. Mit diesen Mitteln können die Reinräume erneuert und der Betrieb langfristig gesichert werden.

Sowohl der St.Galler Kantonsrat als auch der Vorstand der EVP-Kantonalpartei empfehlen einstimmig ein Ja zu dieser wichtigen Vorlage



Infografik: Überblick zur Reinraummodernisierung.

EVP KANTON ST. GALLEN

Churerstrasse 101, 9470 Buchs SG

Redaktionsleitung & Inserate Timon Hofmänner (th)
timon.hofmaenner@evp-sg.ch

Redaktionsteam Hans Oppliger (ho)
hans.oppliger@evp-sg.ch

Ursula Schweizer (us)
ursula.schweizer@evp-sg.ch

Jascha Müller (jm)
jascha.mueller@evp-sg.ch

Thierry Thurnheer (tt)
thierry.thurnheer@evp-sg.ch

Bankverbindung CH09 0078 1035 5341 6601 8
EVP Kanton St.Gallen, Wattwil

Fotos und Grafiken sind selbst erstellt oder KI-generiert, sofern nicht anders deklariert.

Copyright © 2025 EVP Kanton St.Gallen. Alle Rechte vorbehalten.

Gedruckt in der Schweiz durch Jordi AG, Belp.

Druckprodukt mit finanziellem Klimabeitrag
ClimatePartner.com/53458-2510-1027

FAMILIEN STÄRKEN HEISST GESELLSCHAFT FESTIGEN

Kinder sind unsere Zukunft und Familie ist ihr sicherster Ort zum Wachsen. Darum ist Familienpolitik keine Nebensache, sondern Zukunftspolitik.

us. – Am 13. September fand das Forum der EVP St. Gallen statt. Trotz eher kleiner Teilnehmerzahl durften wir einen spannenden und inspirierenden Morgen erleben. Marc Jost gab Einblick in aktuelle politische Diskussionen im Nationalrat. Das Parlament wollte die sogenannte Heiratsstrafe endlich abschaffen und beschloss die Einführung der Individualbesteuerung. Gegen diesen Entscheid wurde das Referendum ergriffen, dem sich auch die EVP angeschlossen hat. Denn durch die Individualbesteuerung entstehen neue Ungerechtigkeiten, die insbesondere Einverdiener-Familien benachteiligen. Es ist eines jener Beispiele, bei denen Marc Jost konsequent für familienfreundliche Lösungen eintritt und klare Position bezieht.

Ein weiteres wichtiges Anliegen betrifft die Familien-, Kinder- und Ausbildungszulagen. Diese müssen mit der Teuerung Schritt halten, damit Familien nicht zusätzlich unter Druck geraten. Die EVP setzt sich dafür ein, dass Eltern gute Rahmenbedingungen vorfinden, um wirklich Zeit für ihre Kinder zu haben. Solche Grundlagen sind entscheidend für eine gesunde Gesellschaft – und letztlich für den Staat selbst. Denn es muss attraktiv bleiben, Kinder grosszuziehen: Sie sind die Zukunft unseres Landes.

Nach den politischen Einblicken von Marc Jost folgte das zweite Referat von Angela Indermaur, Erziehungs- und Trauma-Fachberaterin. Sie zeigte aus ihrem reichen Erfahrungsschatz, wie wichtig es ist, dass Familien ihren Kindern helfen, zu reifen, tragfähigen Erwachsenen heranzuwachsen. Reife und Festigkeit entstehen dort, wo Kinder Geborgenheit erleben und wissen, dass sie um ihrer selbst willen geliebt werden – nicht wegen ihrer Leistungen. Sicherheit und verlässliche Beziehungen schaffen den Boden, auf dem Kinder Vertrauen und Stärke entwickeln können.

Kinder brauchen Platz, Liebe, Annahme – und viel Zeit zum Spielen. Im Spiel verarbeiten sie Erlebnisse, entdecken Lösungen, lernen verlieren, wieder aufstehen und weitergehen. Familien müssen gestärkt werden, damit der äussere Rahmen gegeben ist, um den Kindern eine Kindheit zu schenken, die sie stark werden lässt. Offene, stabile Familien bieten auch Heimat für Kinder, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

Wir alle können unsere Augen und Herzen öffnen, um Familien in ihrem Alltag zu unterstützen. Lasst uns dieses Anliegen mitnehmen – für starke Familien, die

NEIN ZU STEUERPOLITIK MIT DER BRECHSTANGE

Die «Zukunftssteuer» tarnt eine extreme Umverteilungsagenda als Klimapolitik. Die EVP SG sagt Nein: keine Neidpolitik, sondern Augenmass, Rechtsklarheit und Verantwortung gegenüber dem ganzen Land.

th. – Die Initiative verkauft eine neue Bundes-Erbschafts- und Schenkungssteuer als Beitrag zum Klima. Tatsächlich geht es vor allem um maximale Umverteilung: 50 % Steuer ab 50 Mio. Franken, strikte Zweckbindung und rückwirkende Anwendung ab Annahmetag. Das ist kein Reformpaket, sondern Klassenkampf.

Die Juso hofft, dass das Stimmvolk denkt: «Trifft nur Superreiche, also betrifft es mich nicht.» Doch die Folgen spüren wir alle: **Rechtsunsicherheit durch Rückwirkung.** Wer seinen Kindern heute beim Wohnungskauf hilft oder eine Erbvorlage plant, weiss plötzlich nicht, welche Regeln gelten. Entscheidungen werden aufgeschoben, Verträge nachverhandelt, Familien geraten in Streit – das kostet Nerven, Zeit und Geld. **Unsichere Erträge:** Ein so hoher Satz führt erfahrungsgemäss dazu, dass gerade die besten Steuerzahlenden Ausweichwege suchen oder wegziehen. Statt stabiler Mehreinnahmen drohen Ausfälle – und im Erbfall kann es bei Familienunternehmen dazu kommen, dass zur Begleichung der Steuer Anteile verkauft oder Betriebe gar veräussert werden müssen, statt in der Familie zu bleiben.

Ergänzend gilt: Eine zusätzliche Bundessteuer schafft Doppelspurigkeiten, betriebsgebundenes Vermögen kann zu

Liquiditätsklemmen führen, und ein Politikstil «gegen die Reichen» spaltet, ohne Probleme zu lösen.

Die Schweiz lebt von Vertrauen, Leistung und Berechenbarkeit. Eine Symbolpolitik, die Spitzenzahler vertreibt und Nachfolgen verkompliziert, gefährdet Standortqualität und damit Arbeitsplätze. Fairness heisst nicht, Erfolg zu misstrauen, sondern Rahmen zu schaffen, in denen alle Verantwortung tragen – ohne Neid, sondern mit Blick auf das Ganze.

Die EVP SG lehnt eine Politik ab, die Wohlstand moralisch abwertet. Wir stehen für eine umsichtige, faire und rechtssichere Politik, die das Ganze im Blick hat: Wenn über Erbschaften gesprochen wird, dann massvoll, mit Planungssicherheit und unter explizitem Schutz für Unternehmen und Arbeitsplätze. Zweckbindung darf zudem kein Allheilmittel sein; Gelder müssen dort eingesetzt werden, wo sie messbar Nutzen stiften.

Darum empfiehlt der Vorstand der EVP SG einstimmig: Nein zur «Zukunftssteuer»-Initiative.

> **Reformen ja – aber**
> - **ohne Rückwirkung,**
> - **ohne Spaltung,**
> - **ohne Neidpolitik.**

ABO-BEITRAG

Liebe Leserin,
lieber Leser,

Sie halten die neuste Ausgabe des EVP-Infos in den Händen. Damit informieren wir Sie über aktuelle politische Themen und bieten wertvolle Orientierung bei Wahlen und Abstimmungen.

Die Erstellung und der Versand des Hefts sind mit Kosten verbunden. Um weiterhin hochwertige Informationen bieten zu können, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen. Ihr Beitrag gilt als Spende an die EVP Kanton St.Gallen und wird im Januar 2026 mit einem steuerlich absetzbaren Spendenbeleg bestätigt.

Neu haben wir anstelle eines beigelegten Einzahlungsscheins den QR-Code direkt ins Heft integriert. Sie können Ihren Beitrag damit oder über folgende IBAN überweisen:

EVP Kanton St.Gallen
9630 Wattwil
IBAN: CH09 0078 1035
5341 6601 8

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

BEITRITT ATOMWAFFENVERBOTSVERTRAG

Liebe Leserinnen und Leser

Atomwaffen sind das grausamste aller Kriegsinstrumente: Sie töten wahllos, verursachen unermessliches Leid über Generationen hinweg und verletzen jedes Prinzip des humanitären Völkerrechts.

Als Land der Genfer Konventionen trägt die Schweiz eine besondere Verantwortung, glaubwürdig für Menschlichkeit und Frieden einzustehen.

Der Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag wäre mehr als ein Symbol – ein klares Bekenntnis zu unseren humanitären Werten und zu einer Welt, in der Sicherheit auf Vertrauen statt auf Abschreckung gründet. Die Schweiz könnte damit Vorbild sein und ihre Tradition als Friedensnation stärken.

Darum unterstützt die EVP die Unterschriftensammlung der Allianz für ein Atomwaffenverbot – für eine sichere Zukunft und eine Welt ohne nukleare Bedrohung. Lassen Sie uns gemeinsam das Leben schützen – für uns und für künftige Generationen – und unterschreiben Sie die Initiative. Vielen Dank!

Nationalrat Marc Jost

MEHR SICHERHEIT DANK GEMEINSAMER KRÄFTE

Die EVP St.Gallen begrüsst den Entscheid des Kantonsrats, die Mietkosten für die Kantonspolizei im neuen Interventionszentrum des Bundes in St. Margrethen zu übernehmen. Damit setzt das Parlament ein wichtiges Zeichen für Sicherheit, Effizienz und Zusammenarbeit im Grenzraum.

Das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) modernisiert derzeit seine Strukturen. Mit dem neuen Zentrum in St. Margrethen wird eine Infrastruktur geschaffen, die den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird: digitale Abläufe, schnelle Kommunikation und flexible Einsatzmöglichkeiten. Die Integration der Kantonspolizei in dieses Gebäude ist deshalb ein logischer und notwendiger Schritt.

Für uns als EVP ist klar: Sicherheit kennt keine Grenzen. Gerade im sensiblen Grenzgebiet der Ostschweiz ist eine enge, reibungslose Zusammenarbeit zwischen Zoll und Polizei unverzichtbar.

> **Gemeinsame Strukturen.**
> **Koordinierte Einsätze.**
> **Mehr Sicherheit.**

Durch die gemeinsame Nutzung des Interventionszentrums wird der Informationsaustausch verbessert, Einsätze können effizienter koordiniert werden, und im Ernstfall stehen die Einsatzkräfte rascher und gezielter bereit. Davon profitieren nicht nur die Sicherheitsorgane, sondern die gesamte Bevölkerung.

Auch organisatorisch bringt der Beschluss klare Vorteile. Die bisherige Polizeistation St. Margrethen wird ersetzt, verschiedene Dienste – wie Jugend-, Ermittlungs- und Verkehrspolizei – werden an einem zentralen Ort gebündelt. So entstehen Synergien, die die Polizeiarbeit stärken und ihre Präsenz im Grenzraum erhöhen.

Natürlich verursacht der Schritt Mehrkosten: rund 2,1 Millionen Franken pro Jahr zusätzlich. Doch diese Investition ist sinnvoll und gerechtfertigt. Mit einem langfristigen Mietvertrag über zwanzig Jahre schafft der Kanton Planungssicherheit, und die Bevölkerung erhält den Gegenwert in Form von mehr Sicherheit und effizienteren Abläufen.

Aus diesen Gründen unterstützt der Vorstand der EVP SG diesen Entscheid einstimmig. Das neue Interventionszentrum ist ein Gewinn für den Kanton, für die Polizei und vor allem für die Sicherheit der Menschen in unserer Region.

Jascha Müller
Kantonsrat, St.Gallen
jascha.mueller@evp-sg.ch

INFO ST. GALLEN
PUBLIKATIONSORGAN DER EVP DES KANTONS ST.GALLEN
Nr. 04/2025

SERVICE CITOYEN INITIATIVE

Die Initiative für einen Gemeinschaftsdienst stärkt den Zusammenhalt und unsere Sicherheit. Die EVP sagt deshalb am 30. November 2025 überzeugt JA zu einem zukunftsfähigen Milizsystem, das alle jungen Erwachsenen einbezieht.

tt. – Der Service Citoyen führt einen allgemeinen Gemeinschaftsdienst für alle jungen Menschen ein. Der Einsatz kann flexibel in der Armee, im Zivilschutz oder in gesetzlich gleichwertigen Milizdiensten erfolgen. So bleibt das bewährte Milizprinzip erhalten, wird aber breiter abgestützt und für die Zukunft ausgerichtet.

Die Initiative fordert konkret:

- Allgemeiner Dienst: Jede Person leistet einen Beitrag zugunsten von Allgemeinheit und Umwelt.
- Gleichwertigkeit: Militärdienst oder gesetzlich vorgesehener, gleichwertiger Milizdienst (z. B. Zivilschutz).
- Bestandesgarantie: Armee und Zivilschutz verfügen dauerhaft über die erforderlichen Sollbestände.
- Integration: Das Gesetz regelt, inwiefern auch Personen ohne Schweizer Bürgerrecht Dienst leisten können.

Warum braucht es die Reform jetzt?

Unsere Zeit ist geprägt von hybriden Konflikten, Cyberangriffen und zunehmenden Naturereignissen. Gleichzeitig bestehen Personalengpässe – im Zivilschutz fehlen heute rund 12 000 Personen. Laut der ETH-Studie «Sicherheit 2025» unterstützt eine deutliche Mehrheit Reformen der Dienstpflicht. Das aktuelle System stösst erkennbar an Grenzen; der Service Citoyen reagiert darauf mit einer fairen, breit getragenen Lösung.

Für die Gemeinschaft: Der Dienst schafft Begegnung über soziale, kulturelle und sprachliche Grenzen hinweg. Gemeinsame Einsätze fördern Vertrauen, mindern Polarisierung und stärken den gesellschaftlichen Kitt.

Für junge Menschen: Der Einsatz vermittelt Kompetenzen mit unmittelbarem Nutzen – Teamarbeit, Erste Hilfe, Führung, Einsatzpraxis und digitale Grundfertigkeiten. Das erhöht Selbstwirksamkeit und Beschäftigungsfähigkeit.

Für die Schweiz: Mehr Resilienz in Krisen, gesicherte Einsatzbereitschaft von Armee und Zivilschutz sowie effizientere Zusammenarbeit von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Der Service Citoyen denkt Sicherheit umfassend: nicht nur als Verteidigung gegen aussen, sondern als gemeinsame Verantwortung nach innen. Er stärkt das Milizsystem, fördert Zusammenhalt und macht die Schweiz krisenfester. Darum empfiehlt die EVP am 30. November 2025 ein überzeugtes JA zur Service Citoyen Initiative.